



Bundestags- brief

Nr.52 • Die Woche im Bundestag • 13.02.2009



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nachhaltige Haushaltspolitik – Markenzeichen der Union:

Die vergangenen drei Jahre haben gezeigt: Die Union ist der Garant für solide Haushaltspolitik. Wir haben die Neuverschuldung drastisch reduziert. Erstmals seit vier Jahren haben wir 2006 wieder einen Haushalt vorgelegt, der den Maastricht-Kriterien entsprach. Bereits im Jahr 2007 hatten wir einen ausgeglichenen Gesamthaushalt, die Neuverschuldung des Bundes lag auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Die größte Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem Zweiten Weltkrieg zwingt uns nun jedoch zu einschneidenden Schritten, um Arbeitsplätze zu erhalten und den Standort Deutschland in der Krise zu stärken. Damit verbunden ist eine deutlich höhere Neuverschuldung als geplant. Dank der Erfolge bei der Haushaltssanierung sind wir für diese Herausforderung deutlich besser gerüstet als die meisten anderen Länder.

Diese Entscheidung bedeutet jedoch in keiner Weise, dass sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion von einer seriösen Haushaltspolitik verabschiedet. Gerade weil wir wissen, dass neue Schulden jetzt unvermeidbar sind, legen wir jetzt schon die rechtliche Grundlage für eine zügige Haushaltskonsolidierung nach Überwindung der Krise.

Die Zwischenergebnisse der Föderalismuskommission zeigen: Wir sind auf gutem Weg. Wir werden uns mit den Ländern auf eine gemeinsame Schuldenbremse einigen. Damit stellen wir sicher, dass übermäßige Schulden den Staat nicht handlungsunfähig machen. Die Haushaltskonsolidierung ist aber auch ein Gebot im Sinne der jüngeren und nachfolgenden Generationen. Damit wird klar: CDU/CSU bleiben konsequent auf dem Kurs einer soliden Haushaltspolitik.

Klima wirksam schützen, Anreiz zur Entwicklung umweltfreundlicher Autos setzen:

Die Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Mit der Neuregelung der

Kraftfahrzeugsteuer setzt die Große Koalition eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag um. CDU, CSU und SPD hatten sich darauf verständigt, dass zur Senkung des Kraftstoffverbrauchs von Fahrzeugen und der Verminderung von CO₂-Emissionen im gesamten Straßenverkehr wirksame Anreize für die Einführung hocheffizienter Antriebe durch eine am CO₂- und Schadstoffausstoß orientierte Kfz-Steuer geschaffen werden.

Die Neuregelung erreicht diese Ziele durch Umstellung der Bemessungsgrundlage der Kraftfahrzeugsteuer von Hubraum und Schadstoffemissionen auf den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid (CO₂). Dies ist eine wichtige Maßnahme zum Schutz des Klimas, die im Einklang mit der Strategie der Europäischen Union zur Minderung der CO₂-Emissionen steht. Das zeigt einmal mehr: CDU und CSU sind die treibende politische Kraft, Umweltschutz mit Mitteln des Marktes und nicht gegen ihn durchzusetzen. Statt auf staatliche Gängelung, setzen wir auf Anreize und das Umweltbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger.

Münchener Sicherheitskonferenz: NATO ist zentraler Baustein der europäischen Sicherheitsarchitektur:

Die 45. Münchener Sicherheitskonferenz in der vergangenen Woche war geprägt von den hohen Erwartungen, die mit dem Amtsantritt von Präsident Barack Obama verbunden sind.

Im Zentrum der Diskussionen standen die Themen nukleare Abrüstung, der Umgang mit Russland, das Nuklearprogramm des Irans und die Situation in Afghanistan.

Die Bundeskanzlerin hat in ihrer vielbeachteten Rede deutlich gemacht hat, dass für Deutschland die NATO auch künftig der zentrale Baustein der europäischen Sicherheitsarchitektur ist. Für die transatlantische Partnerschaft muss sie jedoch noch mehr zum Ort für politische Diskussionen werden.

Daher werden wir das Jubiläum in diesem Jahr auch dazu nutzen, um eine Diskussion über die künftige Rolle der NATO fortzusetzen und damit den Weg für ein neues strategisches Konzept zu ebnen.

Den hohen Wert der transatlantischen Partnerschaft hat Vizepräsident Joseph Biden auch für die neue amerikanische Regierung bekräftigt. Seine Botschaft war klar: Amerika werde sich künftig mehr in der internationalen Politik engagieren, erwarte aber auch mehr Unterstützung von seinen Partnern.

Auch der französische Präsident Nicolas Sarkozy unterstrich die Bedeutung der NATO und einer engen transatlantischen Partnerschaft. Wir unterstützen Frankreich in seinem Bestreben, in die militärischen Strukturen der Allianz zurückzukehren. Gleichzeitig ist es gut und richtig, eine weitere Verstärkung der europäischen Verteidigungspolitik voranzutreiben. Projekte wie die Deutsch-Französische Brigade haben hier Vorbildcharakter.

Ein unrühmlicher Höhepunkt der Münchener Sicherheitskonferenz war die Rede des iranischen Parlamentspräsidenten Larijani, der die Leugnung des Holocausts durch seinen Staatspräsidenten Mahmud Achmadinedschad verteidigte und damit für einen Eklat sorgte.

Eckart von Klaeden kritisierte Lardischani daraufhin scharf mit den Worten, dass die Kombination aus Atomprogramm, Holocaust-Leugnung und Unterstützung von Organisationen wie der Hamas, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen, international Besorgnis auslöse. Die Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, betonte anschließend öffentlich, dass Eckart von Klaeden mit seiner Intervention Deutschland einen großen Dienst erwiesen habe.

Im Rahmen der Erörterung unseres Engagements in Afghanistan wies Bundesverteidigungsminister Jung darauf hin, dass sich der deutsche Ansatz der vernetzten Sicherheit zunehmend als wirksames Konzept durchsetzt. Für die demokratische Entwicklung des Landes sind zudem die in diesem Jahr stattfindenden Präsidentschaftswahlen wichtig.

Die Anwesenheit des Nationalen Sicherheitsberaters, General James Jones, des Sonderbotschafters für Afghanistan und Pakistan, Richard Holbrooke, und des Kommandeurs des U.S. Central Command, General David Petraeus, unterstrich die hohe Bedeutung, die dem Einsatz in Afghanistan in Washington zugeschrieben wird.

Es ist wichtig, dass die Allianz ihre Anstrengungen erhöht und so zu einer nachhaltigen Verbesserung der Sicherheitslage beiträgt. Dabei kommt es auf die enge Verzahnung von zivilen und militärischen Maßnahmen an.

Frauen und Mädchen mit Behinderungen wirksam vor Gewalt schützen:

Frauen und Mädchen mit Behinderungen sind im häuslichen Bereich und auch außerhalb einer erhöhten Gefahr ausgesetzt, Opfer von Gewalt, Körperverletzung oder Missbrauch, Verwahrlosung oder Vernachlässigung, Misshandlung oder Ausbeutung zu werden. Die Bundesregierung plant eine Untersuchung zum Ausmaß und Umfang von Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen.

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD Frauen und Mädchen mit Behinderung wirksam vor Gewalt schützen und Hilfsangebote verbessern fordern wir die Bundesregierung auf, die Studie schnellstmöglich in Auftrag zu geben und einen Zwischenbericht vorzulegen, besondere Erfordernisse für die Inanspruchnahme von rechtlichen Schutzmöglichkeiten für Frauen und Mädchen mit Behinderung festzustellen und darüber zu berichten, damit ggf. notwendige rechtliche Regelungen zügig erarbeitet werden können. Auch soll die Öffentlichkeit durch geeignete Kampagnen, Projekte oder andere Maßnahmen für das Thema sensibilisiert werden.

Zu guter Letzt:

Geringfügige Beschäftigung ist Hauptursache für „Hartz-IV-Aufstocker“:

Rund 1,35 Millionen Erwerbstätige beziehen ergänzend zu ihrem Arbeitseinkommen Arbeitslosengeld II. Grund hierfür sind weniger niedrige Stundenlöhne als geringe Wochenarbeitszeiten. Nur jeder fünfte abhängig beschäftigte „Aufstocker“ arbeitet mehr als 35 Stunden pro Woche, mehr als die Hälfte dagegen weniger als 15 Stunden. Der durchschnittliche Stundenlohn der „Aufstocker“ beträgt sieben Euro in West- und sechs Euro in Ostdeutschland. Gründe für die geringen Wochenarbeitszeiten sind vor allem gesundheitliche Einschränkungen, geringe Qualifikation und fehlende Kinderbetreuungsangebote. Vordringliche Instrumente zur Verbesserung der Situation der „Aufstocker“ sind neben aktiver Arbeitsmarktpolitik auch weitere Verbesserungen in der Gesundheits-, Bildungs- und Familienpolitik.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)